

UiD Extra 26/1997

Abschied von der deutschen Frage

*Deutschlands
europäische Verankerung
im Westen*

*(entnommen aus „Neue Zürcher Zeitung“, 9./10. 8. 1997
Autor: Dr. Christian Müller)*

Mit der Wiedervereinigung von 1990 hat die jahrhundertealte „deutsche Frage“ im klassisch-historischen Sinne ihre Antwort gefunden. Die weitere Einordnung der zu neuer Stabilität und Prosperität erstarkten Bundesrepublik Deutschland bleibt eine europäische Frage. Bonn sucht weiterhin den möglichst engen Zusammenschluß in Europa als Garantie deutscher Verankerung im Westen, der Deutschland mittlerweile die längste Friedensperiode in seiner nationalstaatlichen Geschichte verdankt.

Am Pfingstsamstag dieses Jahres ist die fast zwei Tonnen schwere „Christusglocke“ in der Frankfurter Paulskirche aus ihrem Kugellager gerutscht und bei ihrem Sturz in die Tiefe von der über viermal schwereren „Bürgerglocke“ desselben Geläuts zerschlagen worden. Auguren der Antike hätten wohl das Zeichen zu deuten gewußt, daß nun der besondere Dur-Klang der mehr als anderthalb Jahrhunderte alten Glocke für immer verstummt ist. Zum erstenmal war sie 1833 bei der Einweihung der Paulskirche erklingen. 1848 hatte sie über der deutschen Nationalversammlung und deren ersten, schließlich erfolglosen Versuch eines einheitlichen Nationalstaats der Deutschen geläutet. Als sie hundert Jahre alt wurde, setzte das durch Bismarck mit Eisen und Blut geschaffene Deutsche Reich 1933 unter Hitler zu seinem zwölfjährigen Apokalypseritt durch die Menschheitsgeschichte an. Zahllose Aktionen zur Einschmelzung waffenfähigen Metalls überlebte die „Christusglocke“ ebenso unversehrt wie die beiden Weltkriege, an deren Ende die historische „deutsche Frage“ erneut so dräuend offen war wie vor dem Zeitalter der nationalistischen Einigungskriege. Nach über vier Dezennien deutscher Teilung konnte die Glocke jedoch am 3. Oktober 1990 zur Wiedererlangung der nationalen Einheit der Deutschen in der um das DDR-Gebiet erweiterten Bundesrepublik läuten. Ein Happy-End, nun ganz ohne Dur-Töne?

Wiedergewonnene Stärke im Frieden

Die Ankündigung des Endes der Geschichte war auch im weltpolitischen Epochenumbruch von 1989 bis 1991 noch ziemlich verfrüht. Gleiches gilt für die Geschichte der Deutschen. Sie ist indes mit der Entwicklung seit 1945 und dem fortschreitenden europäischen Zusammenschluß in eine entscheidend neue Phase getreten. Mit der Wiedervereinigung von 1990 ist die „deutsche Frage“ im klassisch-historischen Sinn des 19. und 20. Jahrhunderts beantwortet. Wo liegt Deutschland? Dies vermag nun jedes Schulkind auf einer beliebigen Karte quadratzentimetergenau abzulesen. Keinerlei politische Ungewißheit oder territoria-

Die Zweideutigkeit belastet die geographische Kontur der Bundesrepublik Deutschland. Das ist ein Novum in der europäischen Geschichte.

Die Weimarer Republik verzichtete in Locarno bloß in bezug auf die deutsche Westgrenze auf territorialen Revisionismus und behielt im Osten freie Hand. Politisch blieb die Rapallo-Politik eines Zusammenspiels mit den Russen als Teil eines preußisch-deutschen Schaukelkurses zwischen West und Ost eine konstante Verlockung für Berlin. Im Hitler-Stalin-Pakt von 1939 blitzte sie zum letztenmal in diabolischer Übersteigerung zum Auftakt der europäischen Katastrophe, als Instrument deutschen Hegemoniestrebens auf.

Zwei Generationen später lebt der neu erstandene deutsche Nationalstaat, nun zwar nach beträchtlicher territorialer, aber von keiner Irredenta mehr ernsthaft angefochtenen Amputation, nicht nur im Frieden mit all seinen neun europäischen Nachbarstaaten, sondern erstmals in der Geschichte auch in gutem Einvernehmen und teilweise sogar in enger Partner- und Freundschaft mit allen großen und mittleren Mächten von Washington über Paris und London bis hin nach Moskau. Das Deutschland Helmut Kohls, des Kanzlers der zweiten deutschen Einheit, sucht diese Konstellation einer selten günstigen „second chance“ keineswegs zu einem weiteren Solotanz als Wirtschaftsgigant von wachsendem politischem Gewicht in einem Konzert weltpolitischer Rivalenmächte zu nutzen. Bonn ist auch nach der Wiedervereinigung entschlossen auf euro-atlantischem Kurs geblieben und hat bisher all die Unkenrufe und falschen Prophetien von einem erneuten Schaukelkurs oder gar nochmaligem Hegemoniestreben Lügen gestraft. Aus der Asche der totalen Niederlage und moralischen Ächtung ist zwar der deutsche Phönix nun in einer Gestalt wiedererstanden, die an Potential und Prestige fast alles übertrifft, was Deutschland in früheren Epochen vergeblich und dann zuletzt sogar verbrecherisch zu erlangen versucht hatte. Doch im Unterschied zu einst ist in Bonn längst die Lehre aus der Vergangenheit gezogen worden, daß selbst ein Optimum deutscher Macht und Stärke nicht zur Errichtung einer Hegemonie ausreichen würde und daß deshalb nun die nationalen Interessen der Deutschen etwas ganz anderes verlangen.

Stabilität im Verbund

„Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“ – diesen Satz Bismarcks von 1888 aus einer seiner letzten Reichstagsreden münzten die wilhel-

minischen Epigonen rasch zur Devise ihres Protzgehaves und Weltmachtstrebens um, und das preußische „Gott mit uns“ stand noch bis zum Ende auf dem Koppelschloß der Wehrmachtsoldaten von Hitlers Angriffskriegen. Den Nachsatz des gealterten Reichsgründers hatten die Erben überhört oder vergessen: „Die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt.“ Die zweite deutsche Demokratie besteht nun nicht nur eine schon mehr als dreimal längere Zeit als die erste, sondern währt jetzt bereits auch ebenso lange wie die ganze Bismarcksche Konstruktion des Kaiserreichs bis 1918. Vor allem aber bezeichnet die Existenz der Bundesrepublik Deutschland inzwischen die längste Friedensperiode in der nationalstaatlichen Geschichte der Deutschen. Während dies für die Nachkriegsgenerationen längst zur banalen Selbstverständlichkeit geworden sein mag, ist und bleibt ein solches historisches Faktum für die überlebenden Zeugen der vorangegangenen Katastrophe der deutschen Nation von erstrangiger Bedeutung.

In den vier Jahrzehnten deutscher Teilung und europäischer Spaltung war während des kalten Krieges der Frieden auf dem alten Kontinent ein höchst prekäres Gut. In Abwehr des kommunistischen Imperialismus Sowjetrußlands errichtete und konsolidierte der Westen im freien Teil Deutschlands eine demokratische Gesellschaftsordnung und ein föderales Staatswesen, dessen Sicherheit vor allem durch die nukleare Supermacht Amerika gegen alle östlichen Herausforderungen garantiert wurde. Hinter dem amerikanischen Limes mitten durch Deutschland suchten und fanden die Westeuropäer im eigenen Zusammenschluß vermehrte Abwehrkraft zur Selbstbehauptung im Zeichen eines stets labilen Gleichgewichts des Schreckens. Die europäische Integration wies der Bundesrepublik den einzig erfolgversprechenden Ausweg aus dem nationalistischen Schiffbruch und die Rückkehr in die Völkergemeinschaft. Zugleich bot sie ihren westlichen Partnern größerer und vor allem kleinerer Statur die Gewähr einer vertrauenswürdigen und dauerhaften Verankerung des Hauptteils Deutschlands im Westen. Wiederaufstieg und zugleich Zähmung Deutschlands lautete das im Interesse westlicher Freiheit und Demokratie verordnete Rezept. Dank dem Realitätssinn und zugleich der Weitsicht Konrad-Adenauers wurde die Beantwortung der deutschen Frage auf dem Umweg der Errichtung eines stabilen Provisoriums bei dessen gleichzeitig dennoch dauerhafter Einbeziehung in den Kreis der westlichen Demokratien angestrebt. Trotz mancherlei ostpolitischer Versuchung in den folgenden Jahrzehnten verfügte Deutschland weder mehr über die Kraft noch über den Willen zu Balanceakten „zwischen West und Ost“.

Neue politische Geographie

Aus dem jahrzehntelangen Unheil von Deutschlands Teilung und Europas Trennung ist durch die List der Geschichte eine fundamentale Wendung zum Besseren herbeigeführt worden. Nicht die Topographie, wohl aber die politische Geographie des Kontinents hat sich entscheidend verschoben. Niemals zuvor war Deutschland mentalitätsmäßig und politisch so weit westlich wie heute, auch nach der Wiedervereinigung. Die Voraussage, es werde durch den Hinzutritt des Gebietes zwischen Elbe und Oder „nördlicher, östlicher und protestantischer“, hat sich bisher keineswegs erfüllt. Zwar unterliegt die Bundesrepublik in den Grenzen von 1990 noch immer einem gewaltigen inneren Transformationsprozeß und bleibt erheblichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Belastungsproben ausgesetzt. An der westlichen Grundausrichtung aus der Ära der „alten“ Bundesrepublik hat sich indes bisher nichts geändert. Vielmehr übernahm Deutschland eine Vorreiterrolle für die „Rückkehr nach Europa“ von Polen, Tschechen, Magyaren und anderen einstmals im Ostblock durch Moskau eingepferchten Völker. Dies als erneute Hinwendung der Deutschen oder gar ein Abdriften nach Osten zu deuten, übersieht allein schon den nach einem halben Jahrhundert russischer Fesselung schier unstillbaren Drang nach Westen der künftigen NATO- und EU-Partnerstaaten in Deutschlands Osten.

Auf dem Weg zu wahrer Normalität

In den Jahren vor dem plötzlichen postumen Triumph von Adenauers Politik der „Westbindung“ als Voraussetzung einer später einmal durch „Magnetwirkung“ zu erlangenden Wiedervereinigung war es weitherum in der Bundesrepublik und im Westen Mode geworden, in einer möglichst konfliktfreien Existenz zweier deutscher Staaten die „Normalisierung der deutschen Frage“ zu erblicken und sich damit auf praktisch unabsehbare Zeit abzufinden. Noch heute werden immer wieder nicht nur in der Baugrube Berlin, sondern fast überall in Deutschland bei Aushubarbeiten alliierter Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Selbst ein halbes Jahrhundert nach ihrem Abwurf ist die Sprengladung der meisten im Erdreich steckenden Blindgänger noch intakt und erfordert eine mühsam-gefährliche Entschärfung der Zünder. Der Zustand der deutschen Frage vor 1990 war mit dem solcher Blindgänger zu vergleichen: im Untergrund höchst explosiv und potentiell bei jeder falschen Manipulation in Gefahr, das Umfeld in Stücke zu zerreißen. Wirkliche Normalisierung auf dem Boden der ungelösten

deutschen Frage blieb ebenso eine Chimäre wie der Glaube des sowjet-russischen Militärkolosses, sich in seinem deutschen Glacis auf den eigenen Bajonettspitzen zur Ruhe setzen zu können.

Normalität prägt nun hingegen in immer mehr Bereichen und Formen das Bild und die Verhaltensweise des erstmals in seiner Geschichte „saturierten“ Deutschland der Gegenwart. Der von vielen Deutschen in Zeiten west-östlicher Hochspannung gehegte Traum, sich wie eine „große Schweiz“ nicht nur aus der Geschichte, sondern auch aus Arglist und Bedrängnis der internationalen Politik zu verabschieden, ist weitgehend ausgeträumt. Noch sind zwar die weißen Bettlaken, die mancher Bundesbürger während des Krieges der Alliierten gegen die Besetzung Kuwaits durch den Irak an der biedermeierlichen Eigenheimfassade befestigte, in lebhafter Erinnerung. Doch inzwischen operieren deutsche Soldaten zwecks Friedenssicherung sogar in Sarajewo – und dies Seite an Seite mit französischen Soldaten. Ort und Art eines solchen Einsatzes, dem andere in Kambodscha, Somalia oder im Irak vorausgegangen waren, markieren einen fundamentalen Wandel in Deutschland schrittweise verstärkter Übernahme internationaler Verantwortung im Verbund mit den westlichen Alliierten. Gerade an der Brücke, wo mit der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers die ersten Schüsse zu dem 1914 einsetzenden Kriegsjahrhundert fielen, erscheint die verantwortungsvolle Einordnung deutscher Politik in den westlichen Rahmen als von besonderer Tragweite. Daß inzwischen eine klare Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie und sogar ein Teil der Grünen sich nicht mehr der Einsicht in die Notwendigkeit eines verstärkten Engagements der Bundeswehr für mehr als bloße Landes- und Bündnisverteidigung verschließen, deutet das Ausmaß des Wandels im außen- und sicherheitspolitischen Denken des wiedervereinigten Deutschland an.

Koalition und Verträge sind gut, noch besser aber zwischenstaatlicher Zusammenschluß und europäische Integration – die Grundmaxime westdeutscher Nachkriegspolitik kennzeichnet weiterhin den Kurs auch des deutschen Gesamtstaates. Das sich auf Adenauer berufende Credo Kohls, deutsche Einheit und europäische Einigung seien zwei Seiten ein und derselben Medaille, erleichterte mit seiner gedanklichen Frucht des Maastricht-Vertrages über die Europäische Union die geradezu im Tempo einer Überrumpelung, aber friedlich und einvernehmlich vollzogene Wiederherstellung der nationalen Einheit der Deutschen. Noch verdient der europäische Zusammenschluß politisch nicht seine der Realität vorgreifende ambitiöse Kennzeichnung als Union, wie sie weiterhin vor

allem von Bonn angestrebt wird. Ein weiteres Mal soll deshalb ein ökonomisches Surrogat, wie schon ganz zu Beginn des Einigungsprozesses von der Montanunion bis zu den Römischen Verträgen, zum Ferment noch engerer Integration werden. Diesmal geht es dabei indes um einen ganz entscheidenden Kern und den Nervus rerum schlechthin.

Europa als Sicherung

Die Einführung der gemeinsamen Euro-Währung wird die Teilnehmerstaaten der Währungsunion in einer Weise miteinander verbinden, daß daraus nicht nur für die europäische Wirtschaftspotenz nach außen ein erheblicher Vorteil entstehen dürfte, sondern auch eine neue Dynamik für den weiteren politischen Zusammenschluß innerhalb Europas einsetzen könnte. Dies bleibt trotz aller Widerständen und Rückschläge jedenfalls das Ziel der Bonner Politik. Vor diesem Hintergrund muten die Erörterungen über eine frist- und kriteriengerechte Euro-Einführung ziemlich müßig an. Solange Frankreich unter seiner Linksregierung nicht allzu drastisch vom vereinbarten Kriterienpfad abweicht, wird Bundeskanzler Kohl alles in Bewegung setzen, um im nächsten Frühjahr die Entscheidung herbeizuführen, die nach seiner festen Überzeugung den europäischen Einigungsprozeß irreversibel machen und damit zugleich die Krönung für Deutschlands feste Vertäuung im Westen bringen soll.

Die deutsche Demokratie hat in jahrzehntelanger Bewährung mittlerweile eine innere Stabilität erlangt, die sich nun durchaus mit jener der klassischen Leitbilder dieses Staatsgedankens vergleichen läßt. Die vereinzelt aufwallenden chauvinistisch-fremdenfeindlichen Untaten nach der Wiedervereinigung stellten die Grundfesten der freiheitlichen Ordnung noch weniger in Frage, als es in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten der verbrecherische Linksterrorismus in der „alten“ Bundesrepublik vermocht hatte. Die teilweise extremen Ausschläge des deutschen Stimmungsbarometers nicht nur im Zusammenhang mit diesen Herausforderungen verraten indes noch immer ein beträchtliches Maß an psychischer Labilität. Wer immer über den Nationalcharakter eines Volkes zu spekulieren beginnt, begibt sich zumeist auf dünnes Eis. Die Heimsuchung vieler Deutscher durch Pessimismus angesichts der enormen Wirtschaftsbürden nach der Übernahme der bankrotten SED-Satrapie, der unausweichlichen Zurückstufung des Sozialversorgungsstaates auf eine finanzierbare Dimension und der Aussicht auf Preisgabe des nationalen Wohlstandstalismans D-Mark im Zuge des Übergangs zu einem voraussichtlich vorübergehend etwas „weicheren“

Euro verleitet im Moment manche Interpreten, neue Variationen auf das alte Thema der Incertitudes allemandes anzustimmen.

Frage an alle Europäer

Nichts wäre indes verfehlt als die Annahme, ein wirtschaftlich schwächeres Deutschland sei insgeheim doch wieder auf der Suche nach einem „Sonderweg“. Intellektuelle Aufforderungen zu einem solchen Tanz unter Berufung auf britisches und französisches Beharren auf nationalstaatlicher Präponderanz sind noch keineswegs repräsentativ für Deutschlands öffentliche Meinung. Schon gar nicht zeichnet sich ein Nachlassen deutscher Wirtschaftskraft für die Zeit nach Überwindung der Probleme der inneren Einheit ab, im Gegenteil. Mit dieser Perspektive vor Augen und eingedenk einer deutschen Neigung zu größeren politischen Pendelausschlägen hält Helmut Kohl unbeirrbar daran fest, die deutsche Politik ein für allemal in ein europäisches Korsett zu schnüren. Wenn Mißgunst und Aberwitz daraus nun mancherorts wieder ein deutsches Hegemoniestreben in europäischem Gewand abzuleiten versuchen, laufen sie Gefahr, der bald wieder in Berlin formulierten deutschen Politik selber die Pickelhaube aufzusetzen, wie sie indes nur noch museal im Zeughaus „Unter den Linden“ vorhanden ist. Natürlich werden auch nach der Euro-Einführung und bei fortschreitender europäischer Integration Stellung und Einordnung Deutschlands in dem kontinentalen Zusammenschluß immer wieder Fragen und Probleme aufwerfen. Dies ist jedoch eine europäische Frage, und allen Europäern, nicht nur den Deutschen, bleibt somit aufgetragen, mit ihrer Beantwortung eine Wiederkehr der deutschen Frage auszuschließen.